

Als vor fünf Jahren die »Standorte«-Gruppe bei Opel zum Thema »Outsourcing und Alternativen« ein Diskussionspapier vorlegte, war das Thema wie in diesem Jahr: Was tun gegen die ständige Arbeitsplatzvernichtung?

Damals 1999 arbeiteten bei Opel in Bochum noch 14 200 Beschäftigte, 7 Jahre früher waren es 19 200 gewesen! Schon damals zitierten die Kollegen in ihren Flugblättern die Betriebsräte, die im Aufsichtsrat saßen: »Bis 2004 soll die Zahl auf 7000 oder 8000 herunter gefahren werden.« Dass es noch rund 9000 sind, ist also kein Verdienst von GM.

Aber die Zahlen belegen auch: Die aktuelle Entwicklung ist weder neu noch plötzlich aufgrund von »Managementfehlern« entstanden. Die Pläne der Automobilunternehmen sind von langer Hand vorbereitet, sie richten sich nach der Entwicklung von Produktivität und Profit, und Arbeitsplatzvernichtung findet ständig statt.

Alle Versuche etwa von Harald Schartau und anderen, die Pläne von GM in dieser Richtung schönzureden – als ob sie mit einem anderen, fähigeren Management vermeidbar wären – müssen angesichts der Tatsachen ins Leere laufen. Dass auch Linke sich an diesem Argument abarbeiten, macht es weder richtiger, noch stärkt es die Opel-Kol-

Zugeständnisse vorprogrammiert

Anmerkungen zum Thema Opel

legen in der Perspektive des Kampfes.

Neu dieses Jahr ist eher die konzertierte Aktion aller großen Hersteller, angefangen bei Daimler-Benz, die ihre Belegschaft zu Zugeständnissen erpressten, obwohl steigende Gewinne angekündigt (und den gewerkschaftlichen Verhandlungsführern bekannt) waren, über VW, wo der bekannte Arbeitsdirektor Peter Hartz für die Forderung nach 30% Senkung der gesamten Lohnkosten steht, bis hin zu Opel, wo die Verhandlungen über Standorte und Belegschaften, Zugeständnisse und Löhne noch andauern.

Sie steht im Zusammenhang mit einer politischen Offensive der herrschende Klasse, die eine grundlegende Änderung der bisherigen sozialstaatlich abgedeckten Verhältnisse will, um in der Perspektive den Anteil der Gewinne zu lasten der Beschäftigten auszubauen.

Der von der Regierung unterstützte Systemwechsel in den Sozialversicherungen und die Mobilisierung der Öffentlichkeit in den letzten Wochen gegen die Hartz-IV-Gesetze hat allerdings den betroffenen Opel-Kollegen ihre Aussichten krasser als früher vor Augen geführt und nicht unerheblich dazu beigetragen, dass Wut und Empörung in Bochum zum Arbeitskampf führten.

Fragen bleiben an alle Beteiligten, vor allem auch an die IG Metall, deren zweiter Vorsitzender Berthold Huber jüngst erneut die betriebsnahe Tarifpolitik der Metallgewerkschaft lobte. In den letzten zwei Jahren gab es weit über 500 Einzelvereinbarungen mit Betrieben! Die Arbeitszeitflexibilisierung reicht meistens von 30 bis 40 Wochenstunden – ohne Mehrarbeitszuschläge.

Huber sagte auch den Kampf für Arbeitszeitverkürzung ab – das sei nicht erreichbar (*Frankfurter Rundschau*, 11. 11. 2004).

So steht vor allem die Frage, wieso es einer der stärksten Gewerkschaften der Welt nicht gelingen kann, nach jahrelanger Arbeit wenigstens in Europa einen Verbund der betroffenen Betriebe herzustellen, der gemeinsame Aktionen (und nicht nur symbolische!) ermöglicht, basierend auf der Erkenntnis auch der Belegschaften aus den osteuropäischen Ländern, dass die Ver-

lagerung von Arbeitsplätzen sie genauso betrifft. Oder auch basierend auf den Erfahrungen der Thatcher-Zeit in England, als die Gewerkschaften weitgehend zerschlagen wurde.

Das Menetekel an der Wand – und die richtige Reaktion der Bochumer Belegschaft – wurde auf der Kundgebung in Bochum in keiner Weise für die Stärkung des Kampfes genutzt.

Soweit Belegschaftsvertreter anderer Betriebe und anderer Gewerkschaften da waren, knüpfte man zu Recht an die kämpferischen Traditionen des Reviers von Rheinhausen bis zu den 97er Bergbauaktionen an, auch an kämpferische Erfahrungen der Opel-Belegschaft selber.

So wichtig und richtig es war, der Belegschaft insgesamt einen Tag nach der Kundgebung eine Urabstimmung zur Frage des Arbeitskampfs zu ermöglichen: allein dass die Fragestellung das Ende des Kampfes mit Verhandlungen verband und nur zu beidem gleichzeitig ein »Ja« oder »Nein« ermöglichte, zeigt, wie wenig die IG Metall sich und ihren Mitgliedern zutraut, wie weit ihre Zugeständnisse vorprogrammiert sind. Hier kann eine noch so kämpferische Belegschaft allein nicht genug ausrichten.

ROLF EULER

Aus: SoZ Nr. 12, Dezember 2004

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
- Probeabo** (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerli-

chen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ

www.soz-plus.de
redaktion@soz-verlag.de